

Berufliche Bildung zwischen Ökonomie und Pädagogik

Berufliche Bildung von heute entstand in kritischer Auseinandersetzung mit der handwerklich-zünftischen Tradition der Nachwuchsrekrutierung. Der ökonomische Klassiker Adam Smith befürwortete einerseits ein öffentliches Bildungssystem, er sah aber andererseits in der traditionellen zünftischen Lehre ein Hemmnis für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt.

Adam Smiths Kritik des Lehrlingswesens und seine Befürwortung öffentlicher Bildung

Aufgabe:

- 1) Was für Argumente sprechen für das öffentliche Bildungswesen, aber gegen eine Berufsbildung?
- 2) Halten Sie die Analyse und Kritik von Smith für zutreffend?
- 3) Befinden sich ökonomische und pädagogische Überlegungen im Widerspruch – Bezug zur heutigen Situation

SMITH, Adam: Der Wohlstand der Nationen, München 1976.

Erstausgabe: An Inquiry into The Nature and Causes of the Wealth of Nations, 1776.

(Textauszüge unten: aus Smith's Werk referierend und teilweise übersetzt zitierend. S. auch GONON, Philipp: Arbeit, Beruf und Bildung, Bern 2002, S. 93-99.)

Berufliche Bildung wurde in früheren Zeiten stark mit der Nachwuchsrekrutierung im Zunftwesen gleichgesetzt. Eine Kritik an der zünftischen Ökonomie schloss damit zwangsläufig auch die Institution der Lehrlingsausbildung mit ein.

Lehrlingsausbildung: Mittel um Zahl der Konkurrenten in Gewerben klein zu halten. Zunftprivilegien, Sonderrechte, Einschränkung des Wettbewerbs.

Lehre bei geeigneten Meister zwingend vorgeschrieben.

Zahl der Lehrlinge in Zunftordnungen festgehalten.

Lehrdauer: lange Lehrzeit.

Aufwand für die Ausbildungen zu hoch.

Die Messerschmiede aus Sheffield schrieben in ihrer Zunftordnung vor, dass jeder Meister lediglich einen Lehrling zur gleichen Zeit halten dürfe, die Weber aus Norwich gestatten zwei, ebenso wie die Hutmacher ganz Englands, die bei Verstoß eine Strafe von fünf Pfund erhielten. Auch bei den Seidenwebern, wie in ganz Europa, herrschte ein solcher Zunftgeist, der sich auch in der Festlegung der Lehrzeit auf sieben Jahre ausdrückte (Smith 1978, S. 104).

Das Gesetz von 1562: niemand in England darf Beruf oder Kunst ausüben, der nicht mindestens eine siebenjährige Lehre absolviert hat.

Unsinnige Konsequenzen: Wagenmacher dürfen keine Räder herstellen. Sie kaufen bei einem Radmacher ein, während der Radmacher selbst Kutschen bauen darf.

Das Eigentum, das jeder Mensch in seiner Arbeit besitze, sei jedoch heilig und unverletzlich, einen armen Mann, dessen Kraft und Kapital im Geschick seiner Hände liege, daran zu hindern, dies uneingeschränkt zu gebrauchen, sei eine Verletzung dieses heiligsten Eigentums

und ein Übergriff auf die Freiheit des Arbeiters, und all derjenigen, die bereit seien, ihn zu beschäftigen (ebd., S. 106).

Argument, dass Ungeeignete ferngehalten werden, sei falsch.
Auch lange Lehrzeit könne keine Gewähr für Güte des Erzeugnisses sein.
Lange Lehrzeit erzieht junge Menschen nicht von selbst zum Fleiß.

„Lange Lehrzeiten sind einfach unnötig. Selbst Kunstfertigkeiten wie die im Uhrmachergewerbe, die weit schwieriger zu erlernen sind als einfache Handgriffe, sind nicht so geheimnisvoll, dass sie unbedingt eine lange Ausbildung erfordern müssten.“
(ebd., S. 107)

Es ist nur eine Frage von wenigen Wochen, um den jungen Menschen zu erklären, wie die Werkzeuge zu handhaben sind.

Wichtig(er): manuelle Geschicklichkeit, Übung und viel Erfahrung.

Smith's Plädoyer: Abschaffung der Berufslehre und direkter Einbezug der jungen Leute als Gesellen im Arbeitsprozess:

Das sei wirkungsvoller, weniger langweilig und weniger kostspielig.
Berufslehre sei eine Institution, die dem Schutz der Produzenten dient.
Abschaffung kommt den Konsumenten und der Gemeinschaft zu Gute.

Smith befürwortet ein Erziehungswesen, das aus den allgemeinen Staatseinkünften gedeckt wird: Nutzen für das ganze Gemeinwesen evident.

Fortschreitende Arbeitsteilung führt zu Einengung der Tätigkeiten und Beschränkungen:
Ausübung weniger einfacher Handgriffe gebe keinerlei Gelegenheit, den Verstand zu üben.
Erwerb beruflicher Fertigkeit darf nicht auf Kosten geistiger, sozialer (und soldatischer) Tauglichkeit erfolgen.

Vernünftige Unterhaltungen, differenzierte Empfindungen, gesunde Urteilsfähigkeit würden damit schwinden, ganz zu schweigen von dem fehlenden Beurteilungsvermögen im Bezug auf die wichtigen und weit reichenden Interessen des Landes.

„Dies (aber) ist die Lage, in welche die Schicht der Arbeiter, also die Masse des Volkes, in jeder entwickelten und zivilisierten Gesellschaft unweigerlich gerät, wenn der Staat nichts unternimmt, sie zu verhindern.“ (ebd., S. 663)

Elementare Grundlagen, wie Lesen, Schreiben und Rechnen, könnten mit geringem Aufwand vermittelt werden. Der Staat soll der gesamten Bevölkerung diese Schulausbildung ermöglichen – ja sogar Zwang, dies zu tun.

Berufliche Bildung Europas: Beschränkung für die Mobilität der Arbeiterschaft.

Vier Argumente gegen ein apprenticeship-system:

Ein (anti-) korporatistisches, das Wettbewerb verhindert (1),
ein effizienzorientiertes, das in kürzerer Zeit ein besseres Ausbildungsergebnis möglich machen soll (2),
ein die jungen Menschen freiheitsbeschränkendes Moment (3)
gegen die Ausbeutung von Lehrlingen (4).